

Statement zum Erhalt der Demokratie

Hebammen stehen für Menschlichkeit, Vielfalt und Demokratie



Demokratie ist ein großes Privileg, das nicht selbstverständlich ist und nur durch aktives Engagement erhalten bleibt. Sie garantiert Freiheit, Vielfalt und die Würde aller Menschen, weshalb sie auch für Geflüchtete ein sicherer Zufluchtsort ist¹. Gleichzeitig ist Demokratie verwundbar: Viele fühlen sich politisch nicht gehört und wenden sich aus Frust einfachen, oft populistischen Lösungen zu. Desinformation, Vertrauensverlust in Institutionen und gesellschaftliche Spaltung schwächen die demokratische Meinungsbildung. Demokratie wird nicht unbedingt abrupt zerschlagen, sondern schleichend zermürt – durch Gleichgültigkeit, Resignation und den Abbau demokratischer Regeln¹.

Demokratiefeindliche Gruppierungen lehnen grundlegende demokratische Werte ab oder untergraben sie, etwa Menschenwürde, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung sowie Meinungs- und Pressefreiheit und gesellschaftliche Vielfalt.

Der Hebammenverband ist parteipolitisch unabhängig und informiert alle demokratische Fraktionen gleichermaßen, lehnt jedoch die Zusammenarbeit mit Parteien ab, deren Positionen seinen Grundwerten widersprechen, etwa bei antifeministischen, antidemokratischen oder menschenfeindlichen Haltungen.

Wir stellen uns ausdrücklich gegen nationalistische oder menschenfeindliche Ideologien und wollen uns – anders als in der NS-Zeit – nicht instrumentalisieren lassen. Denn auch Hebammen haben sich unter der „Reichshebammenführerin“ Nanna Conti an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt.

Hebammen haben sich einen Ethik-Kodex gegeben und zeigen Haltung

Der Deutsche Hebammenverband (DHV) hat mit seinem Ethik-Kodex verbindliche ethische Leitlinien für Hebammen geschaffen. Grundlage ist die Achtung der Menschenwürde sowie der Einsatz für Menschenrechte, Selbstbestimmung, Gleichheit und gegenseitigen Respekt im Gesundheitswesen. Ziel ist die Förderung der Gesundheit und des Wohlergehens von Frauen², Neugeborenen und ihren Familien.

Politisch und gesellschaftlich relevante Kernpunkte sind:

- Einsatz für eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung von Frauen und ihren Familien
- Respekt vor kulturellen und individuellen Bedürfnissen im Rahmen rechtlicher und fachlicher Vorgaben
- Diskriminierungsfreies Handeln und Achtung körperlicher, seelischer, sozialer und kultureller Bedürfnisse
- Bewusstsein für die gesellschaftliche Verantwortung des Hebammenberufs
- Aktives Eintreten gegen ethische Verstöße und Menschenrechtsverletzungen
- Mitwirkung an gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung

¹ Polenz, R. (2024). Tu was! CH Beck, ISBN 978-3-406-82398-5

² Der Begriff „Frau“ ist hier zu verstehen als Sammelbegriff für alle potenziellen Klient:innen der Hebammen in Schwangerschaft, Geburt oder Wochenbett. „Hebammen“ hingegen ist eine genderneutrale Berufsbezeichnung.

Daraus ergibt sich für uns als Verband die Verpflichtung von Hebammen, sich politisch für Frauen, Kinder und Familien zu engagieren und allen betreuten Menschen mit Respekt zu begegnen. Gleichzeitig gilt das Toleranz-Paradox: Menschen sind in ihrer Individualität anzunehmen, diskriminierende, gesetzeswidrige oder das Kindeswohl gefährdende Aussagen und Handlungen jedoch nicht zu tolerieren. In solchen Fällen sind Hebammen berechtigt – und teils verpflichtet – klar Stellung zu beziehen und zu handeln.

Gemeinsames Handeln verleiht politisch und gesellschaftlich mehr Gewicht für den Erhalt der Demokratie

Demokratie lebt vom Mitmachen. Verantwortung übernehmen, sich einbringen und unsere demokratischen Werte täglich zu verteidigen sind wichtige Komponenten. Mit Mut, Ausdauer und Überzeugung können wir unsere Demokratie stärken und weiterentwickeln. Wir wollen uns beteiligen, diskutieren, streiten, für Verbesserungen des Systems kämpfen und nach Lösungen suchen. Wir brauchen diese lebendige Demokratie und als HVN wollen wir uns für diese lebendige Demokratie einsetzen.

[Hebammen-niedersachsen.de](https://hebammen-niedersachsen.de)

Einstimmig auf der Landesdelegiertentagung am 05.02.2026 abgestimmt